

**Ausgabe
22/06**

**Mittwoch
31. Mai 2006**

Einzelpreis € 1,50

Postvertriebsstück
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt · K 2846
Zahnärztlicher Fach-Verlag
Postfach 10 18 68 · 41608 Herne

www.dzw.de

Die Zahnarzt Woche **DZW**

Unabhängige Wochenzeitung für Zahnarzt und Dentalmarkt

DE

Nor

Der DE
neueste
EN 130
neueste
einfache

- 2 Jah
- Bund
- Neues
- Große
- Auton
- inkl. L
- nur di

5.
3.9

Die Woche im Blick

Unzulässige Einflussnahme der Privaten Krankenversicherung 2

Kassen sind mit einer Milliarde Euro im Minus 3

Keine Zustimmung für radikale Gesundheitsreform 5

„Behandlungsqualität soll auf Bema-Ebene heruntergedampft werden“ 6

André-Schroeder-Preis für K. Subramani 9

21. Karlsruher Konferenz – kritische

Vertragsrechtsänderungsgesetz (VÄG) mit leichten „Nachbesserungen“ verabschiedet – Kammern verlieren weitere Kompetenzen:

Die Zahnarztpraxis wird rechtlich immer mehr zu einem „Unternehmen“

Am 1. Januar 2007 soll nun das VÄG in Kraft treten, das vergangene Woche vom Bundeskabinett trotz schärfster Proteste ärztlicher und zahnärztlicher Körperschaften mit nur wenigen „Nachbesserungen“ – aus Sicht der Heilberufsverbände – verabschiedet worden ist. Damit verlieren ab kommendem Jahr zahnärztliche Kammern und Kassenzahnärztliche Vereinigungen (KZVen) viele Regelungskompetenzen des Berufsrechts, die das VÄG nun mit einer weitgehenden Liberalisierung der Praxisorganisation und -führung aushebelt.

So sollen sich Zahnärzte an mehreren Orten, über KZV-Grenzen hinweg, niederlassen können. Sie können Zahnärzte an-

führten Länder haben für das wegen der Eingriffe in das Berufsrecht – das über die Landesheilberufsgesetze geregelt ist –

SPD lehnt jegliche Steuererhöhung. Kampfansage an die Gesundheitsreform

Mehr Geld für Ärzte müsse Stelle aber s

Die Ärzte haben sich vergangene Woche auf dem Deutschen Ärztetag in Magdeburg, bei dem die Bundesvereinigung (KBV) und die Bundesärztekammer (BÄK) gemeinsam tagen, auf eine Vereinbarung verständigt: „Es muss mehr Geld in das Gesundheitssystem, und die Ärzte müssen mehr Geld verdienen“, versprach Gesundheitsministerin Ulla Schmidt in Berlin an, die „Gesundheitsreform gemacht werden muss“, versprach der Minister. „Die ärztliche Honorare soll mehr Geld verdienen – aber nur, wenn man das an der Spitze“

Dazu forderte Schmidt von den ... Problemen